



Teil A: Verfahrensbedingungen

A. Auftragsgegenstand, Auftraggeber, externe Unterstützung	2
B. Vergabeverfahrensart.....	2
C. Vergabeunterlagen	2
D. Ablauf und Fristen des Vergabeverfahrens.....	3
E. Elektronische Abwicklung, freiwillige Registrierung.....	3
F. Hinweise zur eingesetzten Verschlüsselung und Zeiterfassung.....	4
G. Verfahrenssprache	5
H. Fragen, Rügen	5
I. Datenschutz während des Vergabeverfahrens	6
J. Vertraulichkeit, Verschwiegenheit.....	6
K. Elektronische Abgabe von Angeboten	6
L. Eignungskriterien, Nachweise.....	8
M. Nachunternehmer.....	8
N. Eignungsleihe.....	8
O. Bietergemeinschaften.....	8
P. Anforderungen an die Angebote	9
Q. Änderungen, Ergänzungen, Berichtigungen, Rücknahmen.....	9
R. Zuschlagskriterien, Vertragsschluss	9
S. Kosten der Verfahrensteilnahme	10



A. Auftragsgegenstand, Auftraggeber, externe Unterstützung

Der Landkreis Peine (nachfolgend: Auftraggeber), Burgstraße 1, 31224 Peine beabsichtigt die Dienstleistungen für einen externen Datenschutzbeauftragten (DSB), einen externen Informationssicherheitsbeauftragten (ISB) und Dienstleistungen für das Geschäftsfortführungsmanagement (Business Continuity Management „BCM“) zu vergeben.

Der Auftraggeber wird von der DAGEFÖRDE Öffentliches Wirtschaftsrecht Rechtsanwalts-gesellschaft mbH, Podbielskistraße 344, 30655 Hannover, im Rahmen des Vergabeverfahrens unterstützt. Alle von Bewerbern und Bietern eingereichten Unterlagen werden deshalb neben Beschäftigten des Auftraggebers auch den Mitarbeitern der Rechtsanwalts-gesellschaft zugänglich gemacht. Die Mitarbeiter unterliegen hinsichtlich aller Informationen zu den Bewerbern/Bietern und hinsichtlich der Inhalte der Angebote von Berufs wegen einer umfassenden Verschwiegenheitspflicht.

B. Vergabeverfahrensart

Das Vergabeverfahren wird als EU-weites offenes Verfahren gemäß § 119 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und §15 der Vergabeverordnung (VgV) durchgeführt.

Dies bedeutet: Es besteht **keine Möglichkeit** über den Inhalt der Leistungsbeschreibung und des Vertrages mit dem Auftraggeber zu verhandeln. Der Auftraggeber weist daher **eindringlich auf die Notwendigkeit hin, bei Unklarheiten oder Widersprüchen Bieterfragen zu stellen (vgl. H.)** und so dem Auftraggeber die Möglichkeit zu gegeben, ggf. notwendige Änderungen in den Vergabeunterlagen vorzunehmen!

C. Vergabeunterlagen

Der Auftraggeber stellt für das Vergabeverfahren die folgenden Unterlagen zur Verfügung (Änderungen und Ergänzungen im Laufe des Verfahrens bleiben vorbehalten):

- Teil A: Verfahrensbedingungen, mit folgenden Anlagen:
 - o Anlage A01: Eignungskriterien
 - o Anlage A02: Zuschlagskriterien
 - o Anlage A03: Informationen zum Datenschutz
- Teil B: Leistungsbeschreibung, mit folgenden Anlagen:
- Teil C: EVB-IT Dienstvertrag
 - o Anlage C01: EVB-IT Dienst AGB



- Teil D: Angebotsblatt
 - o Anlage D01: Referenzblatt
 - o Anlage D02: Nachunternehmerverzeichnis
 - o Anlage D03: Verpflichtungserklärung
 - o Anlage D04: Bietergemeinschaftserklärung
 - o Anlage D05: Preisblatt
 - o Erklärung gemäß § 4 NTVergG (Anlage D06)

Unternehmen haben sich **unmittelbar** nach dem Erhalt der Vergabeunterlagen über deren Vollständigkeit zu vergewissern und diese auch auf etwaige Unklarheiten hin zu überprüfen. Bestehen nach Auffassung eines Unternehmens in den Vergabeunterlagen Unklarheiten, Lücken oder Widersprüche, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Dies gilt auch für sonstige auftretende Fragen und Probleme, insbesondere wenn die Vergabeunterlagen Fragen aufwerfen, die für die Erstellung des Angebots relevant sein können.

Der Auftraggeber stellt Unterlagen im Rahmen des Vergabeverfahrens **ausschließlich** in elektronischer Form zur Verfügung. Sollten sich Dateien als beschädigt oder nicht zu öffnen erweisen, hat das Unternehmen den Auftraggeber hierüber umgehend zu informieren. Die betreffenden Unterlagen werden dann schnellstmöglich erneut zur Verfügung gestellt. Unternehmen sind daher aufgefordert, umgehend nach Erhalt der Vergabeunterlagen zu prüfen, ob die Dateien zu öffnen sind.

D. Ablauf und Fristen des Vergabeverfahrens

Der Schlusstermin für den Eingang der Angebote (**Angebotsfrist**) richtet sich nach den Angaben **in der Auftragsbekanntmachung**. Fragen innerhalb der Angebotsphase (siehe dazu H.) sind bis spätestens **acht Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist** zu stellen, damit der Auftraggeber die Fragen noch rechtzeitig im Sinne von § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 VgV beantworten kann.

Bieter sind bis zum Ablauf des **in der Auftragsbekanntmachung** genannten Tages (**Bindefrist**) an ihr Angebot gebunden. Der Auftraggeber behält sich bei Bedarf vor, Bieter um Zustimmung zur Verlängerung der Bindefrist zu bitten.

Nach Abschluss der Angebotswertung unter Berücksichtigung der **Zuschlagskriterien (Anlage A02)** wird der Auftraggeber entsprechend § 134 Abs. 1 GWB die Bieter informieren, deren Angebote nicht für den Zuschlag vorgesehen sind (**Vorabmitteilung**) und nach Ablauf der gesetzlichen **Wartefrist** gemäß § 134 Abs. 2 GWB den Zuschlag erteilen.

E. Elektronische Abwicklung, freiwillige Registrierung

Der Auftraggeber wickelt das gesamte Vergabeverfahren in elektronischer Form über die



Vergabeplattform DTVP ab. Insbesondere erfolgen die Kommunikation zwischen Auftraggeber und Bietern sowie die Einreichung von Angeboten **ausschließlich in elektronischer Form** über den Projektraum des Verfahrens. Die elektronische Teilnahme an Vergabeverfahren sowie die Registrierung für die Vergabeplattform sind für Bieter vollständig kostenfrei.

Zur Nutzung der Vergabeplattform bis zur Abgabe elektronischer Teilnahmeanträge und Angebote sind lediglich ein aktueller Internet-Browser sowie ein Internetzugang erforderlich. Hierbei werden ausschließlich HTML- und Javascript-konforme Standardtechnologien und keinerlei Add-Ons/Plugins oder sonstige ggf. (sicherheits-)kritische Technologien verwendet. Aktuell sind folgende Internet-Browser zur Nutzung freigegeben:

- Microsoft Edge in der jeweils aktuellen Version
- Mozilla Firefox in der jeweils aktuellen Version
- Google Chrome in der jeweils aktuellen Version
- Apple Safari in der jeweils aktuellen Version

Um sicherzustellen, dass alle Unternehmen automatisch über Änderungen an den Vergabeunterlagen informiert werden und die Antworten des Auftraggebers auf Fragen erhalten, sollten Unternehmen sich auf der Vergabeplattform für das Vergabeverfahren registrieren (freiwillige Registrierung). **Es obliegt ausschließlich dem Unternehmen, durch geeignete organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass das bei der Registrierung angegebene E-Mail-Postfach kontinuierlich überwacht wird.**

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass im Bieterbereich der Vergabeplattform ggf. rechtserhebliche Nachrichten des Auftraggebers eingehen können, die mit Einstellung in das Postfach auf der Vergabeplattform im rechtlichen Sinne zugegangen sind.

Ohne Registrierung kann der Erhalt vorstehender Informationen nicht gewährleistet werden. Unternehmen, die von der Möglichkeit der freiwilligen Registrierung keinen Gebrauch machen, müssen sich selbstständig im Projektraum auf der Vergabeplattform informieren, ob Vergabeunterlagen zwischenzeitlich geändert wurden oder ob der Auftraggeber Fragen zum Vergabeverfahren beantwortet hat. **Das Risiko, ein Angebot auf Grundlage veralteter Vergabeunterlagen oder Informationen abzugeben, liegt ohne erfolgte Registrierung beim Unternehmen.** Die Registrierung für die Vergabeplattform ist für Bieter vollständig kostenfrei.

F. Hinweise zur eingesetzten Verschlüsselung und Zeiterfassung

Die elektronischen Angebote werden innerhalb des Bietertools auf dem Rechner des Bieters (lokal) zusammengestellt, mit den entsprechenden Schlüsseln des Vergabeverfahrens mit Hilfe hybrider Verschlüsselungsverfahren Ende-zu-Ende verschlüsselt, mit den vorgegebenen Signaturinformationen versehen und in Form sogenannter OSCI-Nachrichten (über das OSCI-Protokoll) zu einem "Vermittler", dem sogenannten Intermediär, übertragen. Mit Abschluss der



Übertragung wird innerhalb des Bietertools eine umfangreiche Zusammenfassung der Abgabe zum Download und weiteren Aufbewahrung zur Verfügung gestellt.

Der "Vermittler" sorgt für eine sichere Aufbewahrung der verschlüsselten Angebote vor Ablauf der Angebotsfrist, ergänzt die Meta-Informationen zum Angebot mit dem notwendigen Zeitstempeln und führt die erforderlichen Signaturprüfungen inkl. Quittungsmechanismen durch.

Der sogenannte E-Angebotsservice übernimmt die Registrierung und Bereitstellung der elektronischen Angebote gegenüber der Vergabeplattform. Wie auch der Intermediär, kann der E-Angebotsservice auf Grund der Ende-zu-Ende Verschlüsselung zu keinem Zeitpunkt auf die Inhalte der elektronischen Angebote zugreifen.

Erst mit Ablauf der Angebotsfrist und nach einem erfolgreichen 4-Augen-Login durch zwei berechtigte Nutzer der Vergabestelle innerhalb der Vergabeplattform, werden die verschlüsselten elektronischen Angebote mit den korrespondierenden Schlüsseln zusammengebracht, entschlüsselt und zur weiteren Auswertung für die Vergabestelle bereitgestellt.

G. Verfahrenssprache

Die Verfahrenssprache ist **Deutsch**. Sämtliche Kommunikation zwischen den Unternehmen und dem Auftraggeber wird auf Deutsch geführt. Alle Angebotsbestandteile sind in deutscher Sprache zu fassen. Soweit Unterlagen in nicht-deutscher Sprache vorgelegt werden, sind deutsche Übersetzungen beizufügen, sofern der Auftraggeber hierauf nicht verzichtet; eine Beglaubigung der Übersetzung kann gefordert werden.

H. Fragen, Rügen

Fragen innerhalb des Vergabeverfahrens können ausschließlich über das Kommunikationsmodul im Projektraum der vom Auftraggeber genutzten Vergabeplattform gestellt werden und werden im Rahmen von Rundschreiben über die Vergabeplattform anonymisiert beantwortet. **Fragen, die auf anderem Wege (insbesondere telefonisch, per Fax oder E-Mail) gestellt werden, werden nicht beantwortet.**

Unternehmen haben den Auftraggeber unverzüglich auf etwaige Unvollständigkeiten, Ungenauigkeiten oder Rechtsverstöße hinzuweisen, damit der Auftraggeber rechtzeitig und unter Beachtung der Grundsätze von Transparenz und Gleichbehandlung aller Unternehmen angemessen reagieren kann. Fragen und Hinweise zu den Vergabeunterlagen und zum Auftragsgegenstand sind von etwaigen Rügen deutlich zu trennen.

Erkennt ein am Auftrag interessiertes Unternehmen einen Verstoß gegen Vergabevorschriften im vorliegenden Vergabeverfahren, ist dies innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnis gegenüber



dem Auftraggeber zu rügen. Unabhängig hiervon müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die bereits aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Abgabe von Teilnahmeanträgen bzw. Angeboten gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen ebenfalls innerhalb dieser Frist gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. **Wird gegen diese Obliegenheiten verstoßen, ist ein Antrag auf Nachprüfung gemäß §160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 3 GWB unzulässig.**

Teilt der Auftraggeber auf eine Rüge eines Unternehmens mit, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann hiergegen ein Antrag auf Nachprüfung bei der zuständigen Vergabekammer gestellt werden. Der Antrag ist unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach dem Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB).

I. Datenschutz während des Vergabeverfahrens

Die von Bietern gegebenenfalls im Verlauf des Vergabeverfahrens erbetenen personenbezogenen Daten werden nach den Vorschriften des Datenschutzrechts im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Mit der Teilnahme am Vergabeverfahren erklären sich Bieter hiermit einverstanden. Soweit Bieter im Rahmen des Vergabeverfahrens dem Auftraggeber personenbezogene Daten von Dritten (Mitarbeiter, Nachunternehmer, Mitglieder einer Bietergemeinschaft, Referenzgeber usw.) übermitteln, sind diese für das Vorliegen der jeweils erforderlichen datenschutzrechtlichen Einwilligung der Dritten selbst verantwortlich. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden sich in der **Anlage A03**.

J. Vertraulichkeit, Verschwiegenheit

Sämtliche vom Auftraggeber im Vergabeverfahren zur Verfügung gestellten Unterlagen dürfen nur zur Einreichung eines Angebotes verwendet werden. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder eine Weitergabe an Dritte ist unzulässig. Unternehmen haben – auch nach Beendigung des Verfahrens – über alle im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren bekannt gewordenen Informationen und dienstliche Angelegenheiten des Auftraggebers Stillschweigen zu bewahren. Vorstehende Verpflichtungen erstrecken sich auch auf Nachunternehmer und sonstige Dritte.

K. Elektronische Abgabe von Angeboten

Für die Abgabe der Angebote sind **ausschließlich** die Unterlagen in **Teil D** der Vergabeunterlagen zu verwenden. Bitte verzichten Sie darauf, über die an dieser Stelle geforderten Anlagen und Nachweise hinaus weitere Unterlagen beizufügen.



Angebote sind **ausschließlich** durch Upload digitaler Dokumente/Scans (vorzugsweise PDF-Dateien) über den Projektraum auf der vom Auftraggeber verwendeten Vergabeplattform abzugeben.

Für die Abgabe elektronischer Angebote wird innerhalb der E-Vergabeplattform ein kostenfreies Bietertool bereitgestellt. Das Bietertool ist eine Desktop-Anwendung, welche auf Ihrem Computer installiert werden muss. Die Dateien zur Installation des Bietertools werden im entsprechenden Projektraum des Vergabeverfahrens für das entsprechende Betriebssystem zum Download angeboten. Installationsroutinen stehen für Linux-, Mac-OS- und Windows-Betriebssysteme (64 und 32 Bit) zur Verfügung. Je nach Betriebsumgebung sind für die Installation der Laufzeitumgebung bzw. des Bietertools u. U. administrative Rechte erforderlich. **Unternehmen wird empfohlen, rechtzeitig vor Ablauf der jeweiligen Fristen ggf. die Installations- und Lauffähigkeit des Bietertools auf ihren Rechnersystemen zu testen.**

Die Informationen über die eigentlichen Vergabeverfahren werden über so genannte **Projektdateien** in das Bietertool transportiert. Bieter laden die Projektdateien (Dateiendung: cbx) aus dem entsprechenden Projektraum herunter und führen diese aus, wodurch das Bietertool gestartet wird und die entsprechenden Informationen zum Vergabeverfahren von der Vergabeplattform heruntergeladen werden. Die lokale Installation des Bietertools stellt eine **Ende-zu-Ende Verschlüsselung** der elektronischen Angebote zwischen dem Computer des Bieters und der Öffnung der Angebote auf Seiten der Vergabestelle sicher.

Neben der Abgabe über das Bietertool besteht die Möglichkeit der webbasierten Angebotsabgabe, die eine vollständig browserbasierte Übermittlung der Unterlagen ermöglicht. Die webbasierte Angebotsabgabe wird unmittelbar im jeweiligen Projektraum gestartet. Die Bieter laden die geforderten Dokumente in der vorgegebenen Struktur hoch und schließen die Abgabe durch elektronische Übermittlung über das System ab. Nach der Abgabe des Angebots erhalten die Bieter ein elektronisches Abgabeprotokoll, das die erfolgreiche Übermittlung dokumentiert. Der Projektraum ermöglicht zudem die Einsicht in abgegebene, zurückgezogene oder fehlerhaft übermittelte Angebote.

Andere Übermittlungswege (etwa Post, E-Mail, Fax oder eine „einfache“ Bieternachricht über das Kommunikationsmodul der Vergabeplattform) sind **nicht** zulässig und führen zum Ausschluss des Angebots (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV).

Verspätet eingegangene Angebote werden nicht berücksichtigt. Für die Rechtzeitigkeit des Eingangs ist der vollständige Upload über das Bietertool maßgeblich. Der vollständige Eingang übermittelter elektronischer Angebote wird mit einem **qualifizierten oder einem einfachen elektronischen Zeitstempel dokumentiert**. Ist ein verspäteter Eingang nachweislich durch Umstände verursacht worden, die der Bieter nicht zu vertreten hat, kann auch ein verspätet eingegangenes Angebot berücksichtigt werden. Die Darlegungs- und Beweislast hierfür liegt beim Bieter.



L. Eignungskriterien, Nachweise

Der Auftraggeber wird die Eignung der Bieter im Sinne von § 122 GWB anhand der in **der Auftragsbekanntmachung** festgelegten Kriterien prüfen. Die Kriterien, sowie die zum Nachweis verlangten Unterlagen sind außerdem im Einzelnen nochmals in **Anlage A01** dargestellt. In den Angebotsunterlagen (**Teil D** der Vergabeunterlagen) befinden sich die von Bietern abzugebenden Formblätter und Erklärungsvordrucke.

M. Nachunternehmer

Bieter haben in dem Nachunternehmerverzeichnis (**Teil D, Anlage D02**) zu erklären, ob und ggf. welche Teile der Leistung sie an Nachunternehmer weitergeben wollen und ggf. die Namen der vorgesehenen Nachunternehmer anzugeben. **Die Anlage D02 ist auch dann abzugeben, wenn kein Nachunternehmereinsatz vorgesehen ist.**

N. Eignungsleihe

Sollte ein Bieter die erforderliche Eignung für die ausgeschriebene Leistung nur dadurch nachweisen können, dass er ein anderes Unternehmen einbezieht (Eignungsleihe), so hat er bei Abgabe des Angebots seine Verfügung über die Ressourcen des anderen Unternehmens sowie das Nichtvorliegen gesetzlicher Ausschlussgründe bei diesem mittels einer Verpflichtungserklärung (**Teil D, Anlage D03**) nachzuweisen.

Ein Bewerber oder Bieter kann jedoch im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

Für den Fall einer Eignungsleihe im Bereich der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit wird für den Auftragsfall eine gemeinsame Haftung von Bieter und verleihendem Unternehmen verlangt.

O. Bietergemeinschaften

Für Bietergemeinschaften muss ein gemeinsames Angebotsformblatt abgegeben werden. Der Name der Bietergemeinschaft sowie ein bevollmächtigter Vertreter sind anzugeben (siehe Angebotsschreiben in **Teil D** der Vergabeunterlagen). Der Auftraggeber weist darauf hin, dass von einer Bietergemeinschaft im Auftragsfall eine gesamtschuldnerische Haftung verlangt wird. Hierzu ist mit dem Angebot die Bietergemeinschaftserklärung (**Anlage D04**) in von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft rechtsverbindlich unterzeichneter Form abzugeben.



Änderungen der Zusammensetzung einer Bietergemeinschaft im laufenden Vergabeverfahren sind **unzulässig** und können zum Ausschluss des Angebots vom Vergabeverfahren führen.

P. Anforderungen an die Angebote

Angebote müssen vollständig sein und alle geforderten Angaben und Erklärungen enthalten. Die Formblätter in **Teil D** der Vergabeunterlagen sind zu verwenden. Angebote, die nicht die geforderten oder ggfs. nachgeforderten Erklärungen und Nachweise enthalten, werden gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich vor, von Bietern unter Einhaltung des Transparenz- und Gleichbehandlungsgebotes gemäß § 56 Abs. 2 VgV Unterlagen nachzufordern. **Ein Anspruch auf Nachforderung von Unterlagen besteht jedoch nicht.**

Allgemeine Geschäfts-/Vertragsbedingungen der Bieter werden **nicht** akzeptiert. Werden solche vom Bieter beigelegt oder wird darauf im Angebot Bezug genommen, kann dies zum Ausschluss des Angebotes führen (§ 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV). Das gleiche gilt für Angebote, die unter Vorbehalt abgegeben werden, oder bei denen sonstige Änderungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden.

Angebote müssen der **Textform gemäß § 126b BGB** entsprechen und den Namen des Erklärenden unmissverständlich erkennen lassen.

Q. Änderungen, Ergänzungen, Berichtigungen, Rücknahmen

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist sind Änderungen, Ergänzungen und Berichtigungen eines Angebotes ausschließlich über den Projektraum auf der vom Auftraggeber verwendeten Vergabeplattform möglich. Das gleiche gilt für eine eventuelle Rücknahme.

R. Präsentationstermin

Bieter, die die Eignungsanforderungen erfüllen und deren Angebote nicht aus anderen Gründen auszuschließen sind, müssen ihr Angebot im Rahmen eines Präsentationstermins vorstellen. Die Präsentationstermine sollen digital per Videokonferenz stattfinden.

Die Präsentationstermine finden nach derzeitiger Planung am 06. und/oder 07.07.2026 ab 10:00 Uhr vor Ort in Peine, Burgstraße 1, 31224 Peine statt. Je Bieter ist eine Präsentationszeit von maximal 30 Minuten vorgesehen. Im Anschluss wird der Auftraggeber – soweit erforderlich – Aufklärungsfragen an den Bieter richten (Umfang ca. 30 Minuten). Die Bieter werden gebeten, sich diesen Termin freizuhalten.

Es handelt sich um eine ausschließlich die Angebotsinhalte verifizierende Präsentation. Es



finden insbesondere keine Verhandlungen über Leistungs- oder Vertragsinhalte statt. Der Auftraggeber wird lediglich – soweit erforderlich – Aufklärungsfragen im Sinne des § 15 Abs. 5 VgV an die Bieter richten. Eine Änderung der Angebotsinhalte im Zuge der Präsentationen ist ausgeschlossen. Es findet keine gesonderte Bewertung der Präsentationen statt.

S. Zuschlagskriterien, Vertragsschluss

Über den Zuschlag wird der Auftraggeber anhand der Zuschlagskriterien gemäß **Anlage A02** entscheiden.

Mit dem Zuschlag werden die Vertragsunterlagen gemäß **Teil C** (einschließlich der Anlagen) in allen Teilen verbindlich. Die Verträge werden nach Zuschlagserteilung final mit Anlagen ausgefertigt und unterzeichnet. Die Unterzeichnung hat rein deklaratorische Wirkung und dient der Dokumentation der mit Zuschlag geschlossenen vertraglichen Regelungen.

T. Kosten der Verfahrensteilnahme

Für die Teilnahme am Vergabeverfahren, die Erstellung des Angebotes und die Teilnahme an den Präsentationsterminen werden keine Kosten erstattet.



Anlage A01: Eignungskriterien

Der Auftraggeber prüft die Eignung der Bieter anhand der in **der Auftragsbekanntmachung** festgelegten Eignungskriterien, die hier nochmals im Überblick dargestellt werden. Soweit der Auftraggeber zur Erklärung Formblätter vorgibt, befinden sich diese in den Angebotsunterlagen (**Teil D der Vergabeunterlagen**).

#	Kriterium	Mindestanforderung
1	Jahresumsatz Eigenerklärung über den Umsatz des Bieters in den Jahren 2022 bis 2024 insgesamt sowie aus Leistungen im Bereich „Datenschutz“ und „Informationssicherheit“	
2	Berufshaftpflichtversicherung Eigenerklärung zum Bestehen bzw. der Bereitschaft zum Abschluss einer branchenüblichen Betriebshaftpflichtversicherung.	Mindestversicherungssummen: <ul style="list-style-type: none"> - Deckung für Personen und Sachschäden pro Versicherungsfall: min. 10 Mio. EUR sowie <ul style="list-style-type: none"> - Deckung für Vermögensschäden (einschließlich Vermögensschäden aus der Verletzung von Datenschutzvorschriften) pro Versicherungsfall: min. 10 Mio. EUR Diese Deckungssummen müssen pro Jahr mindestens 2-fach zur Verfügung stehen.
3	Referenzleistung (Datenschutz) Eigenerklärungen über mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare frühere Aufträge. Der Auftraggeber behält sich vor, die Angaben durch Nachfrage bei den als Referenz genannten Auftraggebern zu überprüfen.	Es ist mindestens eine vergleichbare Referenzleistung vorzulegen. Als vergleichbar werden Referenzleistungen angesehen, die folgende Kriterien erfüllen: <ul style="list-style-type: none"> - Der Auftraggeber ist eine Bundes-, Landes- oder Kommunalbehörde. - Der Auftraggeber wies eine organisatorische Größe und Struktur auf, bei der aufgrund von Aufgabenvielfalt, internen Steuerungs- und Entscheidungsprozessen sowie der Einbindung mehrerer Organisationseinheiten erhöhte Anforderungen an Datenschutz bestehen.



		<ul style="list-style-type: none"> - Die Leistung wurde ununterbrochen in einem Zeitraum von mindestens 12 Monaten erbracht. - Es sind die Leistungen eines Datenschutzbeauftragten gemäß Art. 39 DS-GVO erbracht worden oder funktional vergleichbare Leistungen, die eine eigenständige fachliche Beratung, Begleitung und Unterstützung des Auftraggebers im Datenschutz voraussetzen. - Die Referenzleistung muss seit dem 01.01.2020 erbracht worden sein.
4	Referenzleistung (Informationssicherheit) Eigenerklärungen über mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare frühere Aufträge. Der Auftraggeber behält sich vor, die Angaben durch Nachfrage bei den als Referenz genannten Auftraggebern zu überprüfen.	<p>Es ist mindestens eine vergleichbare Referenzleistung vorzulegen. Als vergleichbar werden Referenzleistungen angesehen, die folgende Kriterien erfüllen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Der Auftraggeber ist eine Bundes-, Landes- oder Kommunalbehörde. - Der Auftraggeber wies eine organisatorische Größe und Struktur auf, bei der aufgrund von Aufgabenvielfalt, formalen Entscheidungswegen und der Einbindung mehrerer Organisationseinheiten erhöhte Anforderungen an die Steuerung und Umsetzung der Informationssicherheit bestanden. - Die Leistung wurde ununterbrochen in einem Zeitraum von mindestens 12 Monaten erbracht. - Die Leistung umfasste Tätigkeiten im Aufgaben- und Verantwortungsbereich eines Informationssicherheitsbeauftragten oder funktional vergleichbare Leistungen. Dazu gehören insbesondere Leistungen mit folgendem Schwerpunkt: Der Aufbau, die Weiterentwicklung und die Begleitung während der Nutzung eines Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS). Die Leistungen sind nach dem aktuellen BSI Standard Reihe 200-1, 200-2 und 200-3 erbracht worden. - Die Referenzleistung muss seit dem 01.01.2020 erbracht worden sein.



5	Personalstand Eigenerklärung zum Personalstand im Jahresdurchschnitt in den Jahren 2023 bis 2025, gesamt und aus dem Bereich „Datenschutz“ und „Informationssicherheit“	In dem Bereich „Datenschutz“ und „Informationssicherheit“ sind durchschnittlich mindestens zehn Mitarbeiter erforderlich.
6	Schlüsselpersonal Eigenerklärung zum vorgesehenen Gesamtprojektleiter und der fachlichen Leitung in den Bereichen Datenschutz und Informationssicherheit unter Angabe von: Name, berufliche Qualifikation und Berufserfahrung in Jahren.	<p>a. Anforderung an die Gesamtprojektleitung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mindestens fünf Jahre Berufserfahrung im Bereich Informationssicherheit und/oder Datenschutz. <p>b. Anforderung fachliche Leitung „Datenschutz“</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mindestens drei Jahre Berufserfahrung im Bereich Datenschutz. <p>c. Anforderung fachliche Leitung „Informationssicherheit“</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mindestens drei Jahre Berufserfahrung im Bereich Informationssicherheit. <p>Eine Person kann für mehrere oder alle Leitungspositionen benannt werden, sofern sie die Mindestanforderungen erfüllt. Es sind geeignete Unterlagen zum Nachweis der mindestens geforderten Berufserfahrung mit dem Angebot einzureichen, aus denen hervorgeht welche Tätigkeiten ausgeübt worden sind.</p>
7	BSI-Zertifikat gemäß ISO 27001 auf der Basis von IT-Grundschutz oder vergleichbar Ein entsprechender Nachweis ist dem Angebot beizulegen.	
8	BSI-Zertifizierung als IT-Sicherheitsdienstleister auf der Grundlage von ISO 17025:2018 oder vergleichbar Ein entsprechender Nachweis ist dem Angebot beizulegen.	
9	Zertifizierung gemäß ISO 9001:2015 oder vergleichbar Ein entsprechender Nachweis ist dem Angebot beizulegen.	
10	Nachweis der speziellen Prüfverfahrens-Kompetenz für § 8a BSIG a.F. vom 28.05.2021 bzw. § 39 BSIG	



	n.F. zur Vorbereitung und Durchführung von Prüfungen nach § 8a a.F. vom 28.05.2021 BSIG bzw. § 39 BSIG n.F. Ein entsprechender Nachweis die gemäß § 8a Abs. 3 BSIG a.F. vom 28.05.2021 bzw. § 39 BSIG n.F. vorgegebenen Audits, Prüfungen oder Zertifizierungen durchzuführen und abnehmen zu dürfen ist dem Angebot beizulegen.	
11	Angaben zum Nachunternehmer-einsatz Eigenerklärung dazu, ob und ggf. welche Leistungen an Nachunternehmer übertragen werden sollen.	
12	Gesetzliche Ausschlussgründe Eigenerklärung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne von §§ 123, 124 GWB sowie ggf. Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 GWB.	
13	Erklärung gemäß § 4 NTVergG Eigenerklärung zur Zahlung der in § 4 NTVergG genannten Mindestentgelte.	
14	Eigenerklärung zum fehlenden Russlandbezug der Leistungen Eigenerklärung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne der Verordnung (EU) 2022/576.	



Anlage A02: Zuschlagskriterien

Zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots gemäß § 127 GWB wird der Auftraggeber folgende Zuschlagskriterien heranziehen:

Kriterium/Unterkriterium	Maximal erreichbare Punktzahl
1. Honorarparameter	
1.1. Stundensätze für Leistungen nach Aufwand (remote)	75
1.2. Stundensätze für Leistungen nach Aufwand (vor Ort)	12,5
1.3. Stundensätze für Leistungen nach Aufwand außerhalb der zuschlagsfreien Zeiten und an Sonn- und Feiertag	12,5
1.4. Pauschalpreis für Schulungskosten (remote)	12,5
1.5. Pauschalpreis für Schulungskosten (vor Ort)	12,5
1.6. Pauschalpreis für die GAP-Analyse	50
1.7. Pauschalpreis für den Aufbau und die Implementierung des ISMS, BCMS, DSMS	200
1.8. Pauschalpreis für die Technische Unterstützung und Softwareeinsatz	100
1.9. Pauschalpreis für die anlassbezogene Unterstützung bei sicherheitsrelevanten Vorfällen	50
2. Konzept zur Projektumsetzung	
2.1. Projektteam/Personalstruktur	75
2.2. Qualifikation des Schlüsselpersonals	75
2.3. Leistungskonzept	300
2.4. Schulungskonzept	25
Max. Gesamtpunktzahl	1000

Der Zuschlag erfolgt auf das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl. Alle Punktzahlen werden bei Bedarf kaufmännisch auf eine Stelle nach dem Komma gerundet. Für die einzelnen Kriterien/Unterkriterien gelten die folgenden Wertungsmaßstäbe:

1. Honorarparameter

1.1 Stundensatz für Leistungen nach Aufwand (remote) gem. Nummer 3.1 lfd. Nr. 3, 4, 5 und 6 EVB-IT-Dienstvertrag

Gewertet wird der anhand der Biitereintragungen im Honorarformblatt (**Anlage D05**) ermittelte Stundensatz. Das Angebot mit den niedrigsten Stundensatz erhält die Maximalpunktzahl von 75. Die weiteren Angebote erhalten Punktzahlen nach der Formel:



$$\text{Punktzahl} = 75 \times \left(2 - \frac{\text{Stundensatz}}{\text{niedrigste Stundensatz}} \right)$$

Angebote mit dem 2-fachen des niedrigsten Stundensatzes (oder einem noch höheren Stundensatz) erhalten also eine Punktzahl von 0. Negative Punktzahlen werden nicht vergeben.

1.2 Stundensatz nach Aufwand (vor Ort) gem. Nummer 3.1 lfd. Nr. 3, 4, 5 und 6 EVB-IT-Dienstvertrag

Gewertet wird der anhand der Bieterangaben im Honorarformblatt (**Anlage D05**) ermittelte Stundensatz. Das Angebot mit dem niedrigsten Stundensatz erhält die Maximalpunktzahl von 12,5. Die weiteren Angebote erhalten Punktzahlen nach der Formel:

$$\text{Punktzahl} = 12,5 \times \left(2 - \frac{\text{Stundensatz}}{\text{niedrigste Stundensatz}} \right)$$

Angebote mit dem 2-fachen des niedrigsten Stundensatzes (oder einem noch höheren Stundensatz) erhalten also eine Punktzahl von 0. Negative Punktzahlen werden nicht vergeben.

1.3 Stundensatz für Leistungen nach Aufwand außerhalb der zuschlagsfreien Zeiten und an Sonn- und Feiertag (remote) gem. Nummer 3.1 lfd. Nr. 3, 4, 5 und 6 EVB-IT-Dienstvertrag

Gewertet wird der anhand der Bieterangaben im Honorarformblatt (**Anlage D05**) ermittelte Stundensatz. Das Angebot mit dem niedrigsten Stundensatz erhält die Maximalpunktzahl von 12,5. Die weiteren Angebote erhalten Punktzahlen nach der Formel:

$$\text{Punktzahl} = 12,5 \times \left(2 - \frac{\text{Stundensatz}}{\text{niedrigste Stundensatz}} \right)$$

Angebote mit dem 2-fachen des niedrigsten Stundensatzes (oder einem noch höheren Stundensatz) erhalten also eine Punktzahl von 0. Negative Punktzahlen werden nicht vergeben.

1.4 Pauschalpreis für Schulungen (remote) gem. Nummer 3.1 lfd. Nr. 7 EVB-IT-Dienstvertrag

Gewertet wird der anhand der Bieterangaben im Honorarformblatt (Anlage D05) ermittelte Pauschalpreis. Das Angebot mit dem niedrigsten Pauschalpreis erhält die Maximalpunktzahl von 12,5. Die weiteren Angebote erhalten Punktzahlen nach der Formel:

$$\text{Punktzahl} = 12,5 \times \left(2 - \frac{\text{Pauschalpreis}}{\text{niedrigster Pauschalpreis}} \right)$$



Angebote mit dem 2-fachen des niedrigsten Pauschal festpreises (oder einem noch höheren Pauschal festpreis) erhalten also eine Punktzahl von 0. Negative Punktzahlen werden nicht vergeben.

1.5 Pauschal festpreis für Schulungen (vor Ort) gem. Nummer 3.1 lfd. Nr. 7 EVB-IT-Dienstvertrag

Gewertet wird der anhand der Bieter eintragungen im Honorarformblatt (Anlage D05) ermittelte Pauschal festpreis. Das Angebot mit dem niedrigsten Pauschal festpreis erhält die Maximalpunktzahl von 12,5. Die weiteren Angebote erhalten Punktzahlen nach der Formel:

$$\text{Punktzahl} = 12,5 \times \left(2 - \frac{\text{Pauschal festpreis}}{\text{niedrigster Pauschal festpreis}} \right)$$

Angebote mit dem 2-fachen des niedrigsten Pauschal festpreises (oder einem noch höheren Pauschal festpreis) erhalten also eine Punktzahl von 0. Negative Punktzahlen werden nicht vergeben.

1.6 Pauschal festpreis für die GAP-Analyse gem. Nummer 3.1 lfd. Nr. 1 EVB-IT-Dienstvertrag

Gewertet wird der anhand der Bieter eintragungen im Honorarformblatt (**Anlage D05**) ermittelte Pauschal festpreis. Das Angebot mit dem niedrigsten Pauschal festpreis erhält die Maximalpunktzahl von 50. Die weiteren Angebote erhalten Punktzahlen nach der Formel:

$$\text{Punktzahl} = 50 \times \left(2 - \frac{\text{Pauschal festpreis}}{\text{niedrigster Pauschal festpreis}} \right)$$

Angebote mit dem 2-fachen des niedrigsten Pauschal festpreises (oder einem noch höheren Pauschal festpreis) erhalten also eine Punktzahl von 0. Negative Punktzahlen werden nicht vergeben.

1.7 Pauschal festpreis für den Aufbau und die Implementierung des ISMS, BCMS, DSMS gem. Nummer 3.1 lfd. Nr. 2 EVB-IT-Dienstvertrag

Gewertet wird der anhand der Bieter eintragungen im Honorarformblatt (**Anlage D05**) ermittelte Pauschal festpreis. Das Angebot mit dem niedrigsten Pauschal festpreis erhält die Maximalpunktzahl von 200. Die weiteren Angebote erhalten Punktzahlen nach der Formel:



$$\text{Punktzahl} = 200 \times \left(\frac{3 - \left(\frac{\text{Pauschal festpreis}}{\text{niedrigster Pauschal festpreis}} \right)}{2} \right)$$

Angebote mit dem 3-fachen des niedrigsten Pauschal festpreis (oder einem noch höheren Pauschal festpreis) erhalten also eine Punktzahl von 0. Negative Punktzahlen werden nicht vergeben.

1.8 Pauschal festpreis für die technische Unterstützung und Softwareeinsatz gem. Nummer 3.1 lfd. Nr. 8 EVB-IT-Dienstvertrag

Gewertet wird der anhand der Bieter eintragungen im Honorarformblatt (**Anlage D05**) ermittelte Pauschal festpreis. Das Angebot mit dem niedrigsten Pauschal festpreis erhält die Maximalpunktzahl von 100. Die weiteren Angebote erhalten Punktzahlen nach der Formel:

$$\text{Punktzahl} = 100 \times \left(\frac{3 - \left(\frac{\text{Pauschal festpreis}}{\text{niedrigster Pauschal festpreis}} \right)}{2} \right)$$

Angebote mit dem 3-fachen des niedrigsten Pauschal festpreises (oder einem noch höheren Pauschal festpreis) erhalten also eine Punktzahl von 0. Negative Punktzahlen werden nicht vergeben

1.9 Pauschal festpreis für die anlassbezogene Unterstützung bei sicherheitsrelevanten Vorfällen gemäß Nummer 3.1 lfd. Nr. 9 EVB-IT-Dienstvertrag

Gewertet wird der anhand der Bieter eintragungen im Honorarformblatt (**Anlage D05**) ermittelte Pauschal festpreis. Das Angebot mit dem niedrigsten Pauschal festpreis erhält die Maximalpunktzahl von 50. Die weiteren Angebote erhalten Punktzahlen nach der Formel:

$$\text{Punktzahl} = 50 \times \left(2 - \frac{\text{Pauschal festpreis}}{\text{niedrigster Pauschal festpreis}} \right)$$

Angebote mit dem 2-fachen des niedrigsten Pauschal festpreises (oder einem noch höheren Pauschal festpreis) erhalten also eine Punktzahl von 0. Negative Punktzahlen werden nicht vergeben.



2. Konzept zur Projektumsetzung

Gewertet werden die konzeptionellen Ausführungen, die von den Bietern mit dem Angebot abgegeben werden. Bieter sollen möglichst konkret erläutern, mit welchen Methoden bzw. welcher Herangehensweise sie die Erwartungen des Auftraggebers erfüllen wollen.

Die konzeptionellen Ausführungen der Bieter werden unabhängig voneinander nach dem zu erwartenden Erfüllungsgrad der Ausführungen der Bieter bewertet (**sog. absolute Angebotswertung**). In die Bewertung fließt auch ein, wie konkret und verbindlich das Konzept ist.

Die Punktebewertung der Konzepte erfolgt durch ein Gremium, das aus mehreren Vertretern des Auftraggebers besteht. Gewertet werden die Ausführungen, die von den Bietern mit dem Angebot abgegeben werden.

Das Konzept ist in Form eines schriftlichen Konzeptes (Format DIN A4) einzureichen. Mit dem Angebot ist darüberhinaus die Präsentation des Bieters (vorzugsweise als PDF/Powerpoint) einzureichen, die der Bieter während des Präsentationstermins vorstellen wird. Eine Änderung der Präsentation zwischen der Angebotsabgabe und dem Präsentationstermin ist unzulässig.

2.1. Projektteam/Personalkonzept/Sicherstellung der Verfügbarkeit des Auftragnehmers

Der Auftraggeber erwartet eine Personalstruktur, die eine kontinuierliche, qualifizierte und bedarfsgerechte Unterstützung in sämtlichen Phasen der Leistungserbringung sicherstellt. Dies umfasst auch die Fähigkeit, kurzfristig auf erhöhte Arbeitsbelastungen zu reagieren. Eine zuverlässige Leistungserbringung ist auch in Phasen erhöhter Auslastung zu gewährleisten. Der Auftraggeber legt Wert auf dauerhaft eingesetztes Fachpersonal, eine klare interne Zuständigkeitsstruktur sowie belastbare Vertretungsregelungen und Maßnahmen, die den Verlust von Know-How im Falle eines Personalwechsels oder längerfristigen Ausfalls minimieren.

Es werden daher Ausführungen zu folgenden Punkten erwartet:

- Darstellung der vorhandenen personellen Ressourcen, die für den Auftrag vorgesehen sind. Idealerweise mit einer Personaleinsatzplanung unter namentlicher Benennung der jeweiligen Personen, ihrer jeweiligen Aufgaben und beruflichen Qualifikationen.
- Beschreibung der internen Organisationsstruktur und Verantwortlichkeiten.
- Erläuterung der Mechanismen zur Qualitätssicherung und Steuerung.
- Darstellung organisatorischer und personeller Maßnahmen zur Bewältigung von Spitzenbelastungen.
- Beschreibung interner Mechanismen (z. B. Reservekapazitäten, flexible Arbeitszeitmodelle).



- Beschreibung möglicher interner oder verbundener Kapazitätsnetzwerke zur kurzfristigen Kapazitätserweiterung.

Es werden folgende Wertungspunkte vergeben:

Ausprägung	Punktzahl
Ausführungen, die einen sehr hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	75
Ausführungen, die einen hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	60
Ausführungen, die einen mittleren Zielerreichungsgrad erwarten lassen	45
Ausführungen, die einen geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	30
Ausführungen, die einen sehr geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	15
Unzureichende Ausführungen	0

2.2. Qualifikation des Schlüsselpersonals

Der Auftraggeber erwartet, dass die angebotene Leistung durch hochqualifiziertes und erfahrenes Schlüsselpersonal (Gesamtprojektleitung, fachliche Leitung Datenschutz (DSB), fachliche Leitung Informationssicherheit (ISB) sowie einer entsprechenden Fachlichkeit im Bereich BCM erbracht wird. Insbesondere wird Wert gelegt auf fundierte Fachkenntnisse im Datenschutzrecht, in der Informationssicherheit und im Bereich BCM, im Idealfall ist diese untermauert durch einschlägige Zertifizierungen (z. B. BSI-Grundschutz-Berater/in, ISO/IEC27001 Lead Auditor, CISA, CISSP, DSB, BCM-Praktiker).

Es werden daher Ausführungen zu folgenden Punkten erwartet:

- Darstellung des beruflichen Werdegangs des vorgesehenen Schlüsselpersonal.
- Formale Qualifikationen und Zertifikate der vorgesehenen Personen (juristische Kenntnisse, technische Zertifizierungen im Datenschutz/Informationssicherheit z. B. technische und juristische Fachkenntnisse, Zertifikate wie BSI-Grundschutz-Berater/in, ISO27001 Lead Auditor, Zertifizierung als Datenschutzbeauftragter, CISA, CISSP, DSB, BCM-Praktiker).
- Darstellung von persönlichen Referenzprojekten des benannten Leitungspersonals, die mit dem hiesigen Auftrag vergleichbar sind, insbesondere hinsichtlich eines öffentlichen Auftraggebers mit vergleichbarer Größe und eines vergleichbaren Anforderungsprofil an die zu erbringende Leistung.

Es werden folgende Wertungspunkte vergeben:



Ausprägung	Punktzahl
Ausführungen, die einen sehr hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	75
Ausführungen, die einen hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	60
Ausführungen, die einen mittleren Zielerreichungsgrad erwarten lassen	45
Ausführungen, die einen geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	30
Ausführungen, die einen sehr geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	15
Unzureichende Ausführungen	0

2.3. Leistungskonzept/Darstellung der Arbeitsweise

Der Auftraggeber erwartet die Sicherstellung der Einhaltung sämtlicher datenschutzrechtlicher Vorgaben gemäß DS-GVO, BDSG, NDSG und weitergehender normativer einschlägiger Vorgaben, sowie den systematischen Aufbau und die fortlaufende Weiterentwicklung eines Datenschutz-Managementsystems (DSMS) nach dem Standard-Datenschutzmodell (SDM). Weiterhin erwartet der Auftraggeber den Aufbau, die Umsetzung und Weiterentwicklung eines Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) und eines Business-Continuity-Management-Systems (BCMS) auf Grundlage der BSI-Standards 200-1 bis 200-4 sowie ggf. auf Grundlage von Best Practices (z.B. ISO-Normen 27001 ff.). Ziel ist ein dauerhaft tragfähiges, präventiv und reaktiv wirksames GRC-System, das organisatorisch und technisch in die Verwaltungsprozesse integriert ist und Synergien im Bereich Datenschutz, Informationssicherheit und Business Continuity Management (BCM) ermöglicht. Der Auftraggeber legt dabei Wert auf einen ganzheitlichen Ansatz, bei dem der spätere Auftragnehmer die Rolle der Projektleitung und Projektorganisation übernimmt. Die Bieter haben in Ihrem Konzept darzustellen, wie sie diese Erwartungshaltung des Auftraggebers erfüllen werden.

Kommunikations- und Notfallmanagement: Der Auftraggeber legt Wert auf klare und zweckmäßige Kommunikationswege und ein effektives Notfallmanagement im Fall von Datenpannen oder Cybersicherheitsvorfällen. Im Konzept werden daher Ausführungen zu folgenden Aspekten erwartet:

- Für den Fall von Notfall- und Krisensituationen ist das geplante Vorgehen zur Begleitung, Aufarbeitung und forensischen Untersuchung zu beschreiben. Es sind die besonderen Herausforderungen, die für eine öffentliche Verwaltung in solchen Situationen bestehen darzustellen und darauf bezogene Lösungsansätze zu beschreiben.
- Für den Fall eines Datenschutzvorfalls sind die Verfahrensabläufe, Verantwortlichkeiten des Auftraggebers und des Auftragnehmers und Kommunikationswege zu beschreiben, die sicherstellen, dass die Unterstützung des Auftraggebers für eine Meldung innerhalb von 72 Stunden gemäß Art. 33 DSGVO gewährleistet ist.

Beschreibung der Herangehensweise: Der Auftraggeber erwartet zu Beginn der Leistungserbringung eine strukturierte GAP-Analyse, die die vorhandenen Prozesse des Auftraggebers berücksichtigt. Die Anforderungen des BSI (Gewährleistungsziele) sollen methodisch abgesichert werden. Ein organisatorischer, prozessualer sowie technischer Aufbau des ISMS, BCMS



und DSMS wird gefordert, wobei etwaige Synergieeffekte zwischen Datenschutz, Informationssicherheit und BCM zu berücksichtigen sind. Im Konzept werden daher Ausführungen zu folgenden Aspekten erwartet:

- Darzustellen ist, wie der Ablauf der GAP-Analyse inklusive Ergebnisaufbereitung und möglichen Workshops gestaltet wird.
- Anzugeben ist, wie bestehende Prozessregister des Auftraggebers in die Analyse einfließen und wie die BSI-Gewährleistungsziele methodisch eingehalten werden.
- Zu erläutern ist die Planung zum Aufbau eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) nach BSI-Standard 200-1 bis 200-3, eines Business-Continuity-Managementsystems (BCMS) nach BSI-Standard 200-4 sowie eines Datenschutz-Managementsystems (DSMS) nach dem Standard-Datenschutzmodell, insbesondere in paralleler Durchführung zum laufenden Dienstbetrieb.
- Es ist ein Grobterminplan vorzulegen, der auf eine abgeschlossene Einrichtung des ISMS, BCMS und DSMS spätestens zum Ablauf der 24-monatigen Grundlaufzeit ausgerichtet ist. Darzustellen sind in dem Grobterminplan die Phasen mit höheren Beteiligungserfordernissen seitens des Auftraggebers und Phasen mit einer geringen Beteiligung, in denen die Arbeit schwerpunktmäßig durch den Auftragnehmer ausgeführt wird.
- Die grundsätzliche Verteilung der Zuständigkeiten zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber, um eine Beeinträchtigung des laufenden Dienstbetriebs des Auftraggebers so gering wie möglich zu halten.
- Darzulegen ist, wie Synergieeffekte zwischen ISMS, BCMS und DSMS realisiert werden (Effizienz, Ressourceneinsatz, Nutzerakzeptanz).

Es werden folgende Wertungspunkte vergeben:

Ausprägung	Punktzahl
Ausführungen, die einen sehr hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	300
Ausführungen, die einen hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	240
Ausführungen, die einen mittleren Zielerreichungsgrad erwarten lassen	180
Ausführungen, die einen geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	120
Ausführungen, die einen sehr geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	60
Unzureichende Ausführungen	0



2.4. Schulungskonzept und Awareness-Maßnahmen

Der Auftraggeber erwartet ein einheitliches, bedarfsgerechtes und nachhaltig wirksames Schulungskonzept und die Durchführung von Awareness-Maßnahmen, welche die Beschäftigten des Auftraggebers in den Themenfeldern Datenschutz, Informationssicherheit und Business Continuity Management qualifiziert und sensibilisiert. Ziel ist die Stärkung der Datenschutz- und Sicherheitskultur sowie ein gemeinsames Verständnis von Verantwortlichkeiten und Handlungspflichten. Die Schulung der Beschäftigten ist Teil des gesamten kontinuierlichen Verbesserungsprozesses in den benannten Bereichen. Die Schulung der Beschäftigten ist Bestandteil des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses in den benannten Bereichen. Die Schulungen sind für die Zielgruppen Verwaltungsleitung, Führungskräfte und Mitarbeitende vorgesehen und werden abgestuft sowie zielgruppengerecht entsprechend den jeweiligen Rollen und Verantwortlichkeiten durchgeführt. Die Awareness-Maßnahmen sind möglichst niedrigschwellig, aber dennoch rechtskonform für alle Mitarbeitenden des Auftraggebers zu konzipieren. Der Auftraggeber muss jederzeit nachweisen können, dass er seinen Pflichten hinsichtlich der Befähigung und Schulung aller Mitarbeitenden nachgekommen ist.

Es werden daher Ausführungen zu folgenden Punkten erwartet:

- Darstellung des Gesamtkonzepts unter Berücksichtigung der relevanten Zielgruppen (Führungskräfte, Fachbereiche, IT, alle Mitarbeiter).
- Beschreibung der Schulungsformen (z.B. Präsenz, E-Learning, Blended Learning (Kombination aus E-Learning und Präsenz, Workshops).
- Beschreibung der Frequenz und Aktualisierung der Awareness-Maßnahmen und Schulungen.
- Darstellung von Maßnahmen zur nachhaltigen Verankerung (z. B. Leitfäden, interne Kommunikation, Newsletter).
- Beschreibung der Methoden zur Erfolgskontrolle (z. B. Wissenstests, Feedbackverfahren).
- Darstellung des Dokumentations- und Nachweiswesens.
- Beschreibung der organisatorischen Integration der Schulungen in den Verwaltungsalltag und der Unterstützung durch den Auftragnehmer.

Es werden folgende Wertungspunkte vergeben:

Ausprägung	Punktzahl
Ausführungen, die einen sehr hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	25
Ausführungen, die einen hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	20
Ausführungen, die einen mittleren Zielerreichungsgrad erwarten lassen	15
Ausführungen, die einen geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	10
Ausführungen, die einen sehr geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	5
Unzureichende Ausführungen	0





Anlage A03: Informationen zum Datenschutz

A. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Diese Datenschutz-Information gilt für die Datenverarbeitung im Rahmen des vorliegenden Vergabeverfahrens durch den Landkreis Peine, Burgstraße 1, 31224 Peine. Den behördlichen Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen erreichen Sie über folgende Kontaktdaten:

Datenschutzbeauftragter

Hannoversche Informationstechnologien

Team ext. Datenschutzbeauftragte

Hildesheimer Str. 47

30169 Hannover

E-Mail: datenschutz@hannIT.de

B. Datenerfassung

Wenn Sie an dem Vergabeverfahren teilnehmen, werden folgende im Teilnahmeantrag oder Angebot genannten Daten des Bewerbers/Bieters, seiner Mitarbeiter sowie sonstiger Personen (z. B. Ansprechpartner eines Referenzgebers) erfasst:

- Anrede, Vorname, Nachname (von Ansprechpartnern)
- eine gültige E-Mail-Adresse
- Anschrift
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Angaben zur persönlichen Eignung (zum Beispiel Studium/Ausbildung, Abschlüsse, Noten, Fortbildungen)
- Vertragsbeziehungen

Die Erhebung dieser Daten erfolgt zur Abwicklung der Vergabe und zur Anbahnung des Vertragsverhältnisses nach Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO. Die für das Vertragsverhältnis durch den Auftraggeber erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zu dessen Beendigung gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von vergabe-, haushalts-, steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten eine längere Speicherung verpflichtend ist oder die Betroffenen in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

C. Übermittlung an Dritte

Eine Übermittlung persönlicher Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.



Der Verantwortliche gibt die personenbezogenen Daten nur an Dritte weiter, wenn:

- dazu nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eine ausdrückliche Einwilligung erteilt worden ist,
- die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse des Betroffenen an der Nichtweitergabe der Daten besteht,
- für den Fall, dass für die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO eine gesetzliche Verpflichtung besteht, sowie
- dies gesetzlich zulässig und nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Vertragsverhältnissen erforderlich ist.

D. Betroffenenrechte

Betroffene haben das Recht:

- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über die von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft der Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangt werden;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder die Vervollständigung der beim Auftraggeber gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung der beim Verantwortlichen gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten vom Betroffenen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, der Betroffene aber deren Löschung ablehnen und der Verantwortliche die Daten nicht mehr benötigt, der Betroffene diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt oder gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat;
- gemäß Art. 20 DSGVO die personenbezogenen Daten, die uns bereitgestellt worden sind, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen;



- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber dem Verantwortlichen zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortgeführt werden darf;
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können sich Betroffene hierfür an die Aufsichtsbehörde ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes wenden.

E. Widerspruchsrecht

Sofern personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Betroffene das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben oder sich der Widerspruch gegen Direktwerbung richtet. Im letzteren Fall haben Betroffene ein generelles Widerspruchsrecht, das ohne Angabe einer besonderen Situation umgesetzt wird. Zur Geltendmachung des Widerrufs- oder Widerspruchsrechts genügt eine E-Mail an den Verantwortlichen.